

ZWISCHEN STAATSHILFEN, AUFSCHWUNG UND DISRUPTION

Wie die Coronakrise die Finanzierung im Mittelstand erschwert und welche Lösungen es gibt

von Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Wirtschaftsforschung beim Verband der Vereine Creditreform e. V., Neuss

| Die Finanzierungssituation der deutschen Unternehmen hat sich im vergangenen Jahr grundlegend geändert. Die Wirtschaft befindet sich nach wie vor in einem Krisenmodus zwischen Staatshilfen, Aufschwung und Disruption. Die Finanzinstitute sind in ihrem Kreditvergabeverhalten deutlich restriktiver geworden, exogene Faktoren bestimmen das Geschehen. Zum Jahreswechsel 2021/22 setzte sich die Erkenntnis durch, dass es einen Ausweg aus der Corona-Subventionspolitik braucht, damit Unternehmen und Finanzierer auch langfristig ohne unkalkulierbare Sicherheitsrisiken arbeiten können. |

1. Beginn der Coronakrise als wirtschaftlicher Wendepunkt

Die vergangenen zwei Jahre waren wirtschaftspolitisch eine Zäsur. Schon vor der Coronapandemie mit ihren Einschränkungen und Widrigkeiten zeichnete sich das Ende einer Epoche ab. Ende 2019 deuteten die stagnierenden Wirtschaftsdaten und die in manchen Bereichen im verarbeitenden Gewerbe (d. h. der Industrie) ansteigenden Insolvenzzahlen eine Trendumkehr nach einer goldenen Wachstumsdekade an. Die Creditreform Wirtschaftsforschung erwartete für das Jahr 2020 nach mehr als zehn Jahren einen moderaten Anstieg bei den Unternehmenspleiten. Es wurde erkennbar, dass viele Bereiche, die Deutschland in den vergangenen Jahren ein großes Wachstum beschert hatten, vor einem großen Strukturwandel stehen.

Die Meldung aus China über ein bis dahin weitgehend unbekanntes Virus markierte dann den Wendepunkt im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben auf der ganzen Welt. Im März 2020 nahm die schwerste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg (inklusive der Weltfinanzkrise von 2008) ihren Lauf, auf die mit einem nicht minder historischen staatlichen Hilfspaket reagiert wurde. Die umfangreichen staatlichen Hilfsmaßnahmen haben bislang effektiv verhindert, dass der drastische Einbruch der deutschen Wirtschaftsleistung große Teile der kleinen und mittelständischen Unternehmen existenziell gefährdet.

2. Überlebenshilfe und Abhängigkeit – zwei Seiten einer Medaille

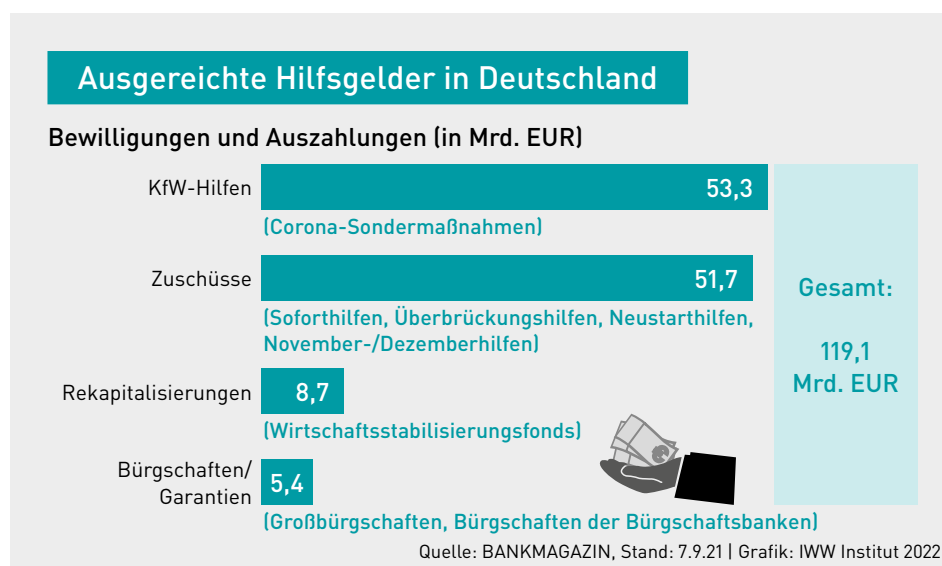
Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung zu Beginn der Krise war ein richtiges und wichtiges Signal für die Wirtschaft. Die Unternehmen mussten in dieser Phase vor coronabedingten Insolvenzen geschützt werden und die Hilfen der Regierung Wirkung entfalten können. Der flankierende Baustein „Aussetzung der Insolvenzantragspflicht“ war nachvollziehbar. Mit fortschreitender Dauer der Krise und unter dem Eindruck immer neuer Maßnahmen, z. B. der umstrittenen Mehrwertsteuersenkung, den stockenden Überbrückungshilfen oder dem pauschal verlängerten Kurzarbeitergeld, muss die Frage nach einer zielführenden Allokation jedoch schärfer diskutiert werden.

Strukturwandel
deutete sich bereits
länger an

Zielführende
Allokation der Mittel
muss stets im Blick
behalten werden

Mit jeder neuerlichen Einschränkung werden im gleichen Maße Schulden aufgenommen und daraus neue Hilfsmaßnahmen für die Wirtschaft initiiert. Die Notfallmaßnahmen drohen so zu einem Dauerinstrument zu werden, das mit der Gießkanne verteilt wird. Der Modernisierungsbedarf bleibt angesichts des Strukturwandels in vielen Wirtschaftsbereichen hoch, kann aber nicht durch den Staat durchgeführt werden. Die Politik und die Wirtschaft gewöhnen sich zusehends an die staatliche Dauersubvention. Zwar ist dadurch ausreichend Liquidität im Markt, die Solvenz der Unternehmen schwindet aber und die Bilanzqualität leidet auf Dauer. In einer Auflistung der bisher gewährten Maßnahmen wird deutlich, dass rund die Hälfte der Hilfen wieder zurückgezahlt werden müssen. Dadurch werden veraltete Strukturen in der Privatwirtschaft konserviert, Investitionen bleiben aus und die Wettbewerbsfähigkeit schwindet.

Notfallmaßnahmen drohen zu einem Dauerinstrument zu werden



Beachten Sie | Zwar werden die bestehenden Maßnahmen von der neuen Regierungskoalition eingehender geprüft, aber sobald sich die pandemische Lage – Stichwort Omikron-Variante – zu ändern scheint, werden neue Hilfspakete aus Furcht vor einem wirtschaftlichen Einbruch ausgereicht.

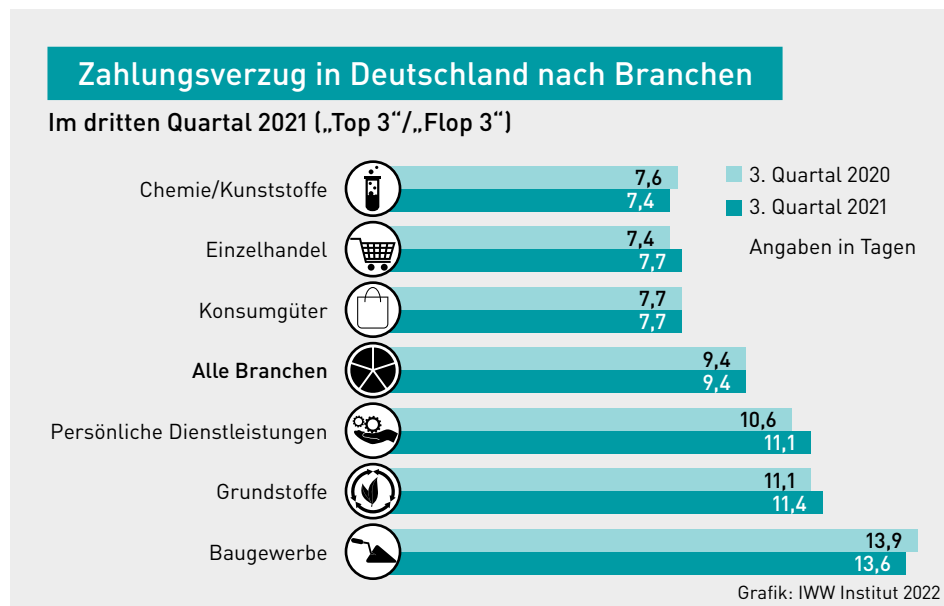
3. Mangelnder Durchblick gefährdet die Finanzierungssituation

Die immer weiter verlängerten staatlichen Hilfsmaßnahmen hebeln auf Dauer wichtige marktwirtschaftliche Mechanismen aus. Die ursprünglich zum Jahresende 2021 auslaufenden Subventionen wurden in Form des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) bis Ende Juni 2022 verlängert. Anträge können bis April gestellt werden. Diese vermeintliche Stabilität ist teuer erkauft, denn sie verschleiern den wahren Zustand der Unternehmen. Wo sich bei einem defizitären Geschäftsmodell früher zunächst die (drohende) Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung in Form von Zahlungsschwierigkeiten oder -ausfällen ankündigte, können dank der Liquiditätshilfen heute Rechnungen pünktlicher bezahlt werden als in „normalen“ Zeiten. Den Beleg dafür liefert der Creditreform Zahlungsindikator, der das Zahlungsverhalten der Unternehmen untereinander misst: Der branchenübergreifende Zahlungsverzug beträgt nur noch 9,4 Tage und verharrt damit auf dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Wichtige marktwirtschaftliche Mechanismen werden auf Dauer ausgehebelt

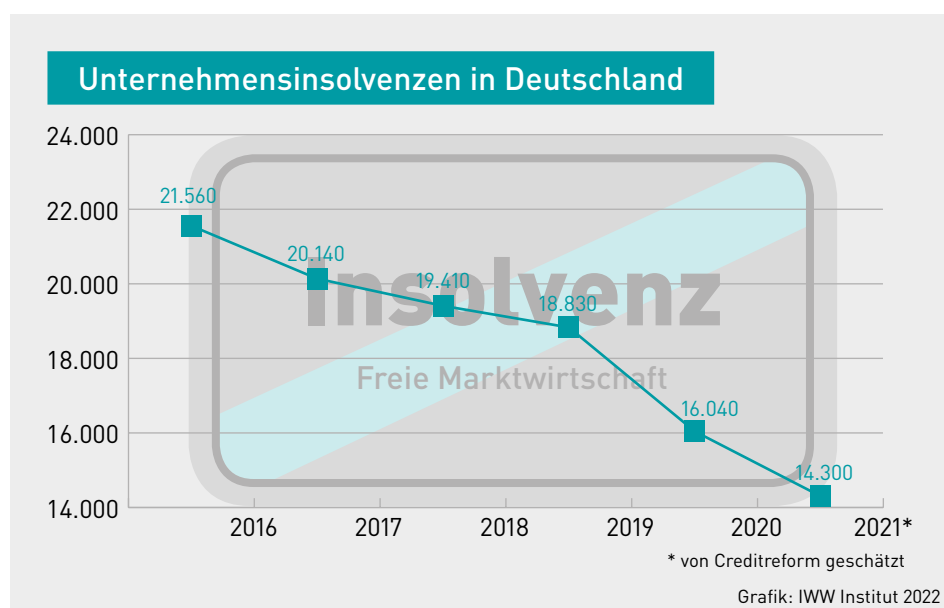
Das zeigt zudem, dass sich viele Unternehmenslenker mittlerweile an die Krise gewöhnt und sowohl ihr Risiko- als auch ihr Forderungsmanagement an die dauerhafte Ausnahmesituation angepasst haben. Dies ist jedoch nicht ausschließlich als positiv zu werten, denn beim Auslaufen der Coronahilfen droht eine drastische Verschlechterung des Zahlungsverhaltens in besonders vom Umsatz abhängigen Bereichen.

Ohne Coronahilfen droht Verschlechterung des Zahlungsverhaltens



Die finale Warnstufe für Kreditgeber, Geschäftspartner und Lieferanten ist die Insolvenz eines Unternehmens. Aber auch die Pleitestatistik bringt keine Klarheit: Neben den zahlreichen Hilfs- und Stützungsmaßnahmen für die Wirtschaft wurde die Insolvenzantragspflicht für mehrere Monate ausgesetzt. So hat sich das Insolvenzgeschehen als Seismograf für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung vom wirklichen Zustand der deutschen Unternehmen entkoppelt.

Ausgesetzte Insolvenzantragspflicht verzerrt das Bild



Die Zahl der Insolvenzen ist paradoxerweise weiterhin deutlich rückläufig: Im Jahr 2021 sank sie mit rund 14.000 Fällen (2020: 16.300) auf einen historischen Tiefstand seit der Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999. Dieser Effekt beruht einerseits auf den massiven Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung, andererseits verschleiert die mittlerweile (zum 1.5.21) wieder eingesetzte Pflicht zum Insolvenzantrag weiterhin die Situation der Wirtschaft. Das Problem ist: Insolvenzen sind ein wichtiger Mechanismus zum Schutz der Volkswirtschaft. Unternehmen ohne tragbares Geschäftsmodell müssen vom Markt genommen oder von Grund auf saniert werden, damit die deutsche Wirtschaft als Ganzes auch nach Corona wettbewerbsfähig bleibt.

Zudem waren Unternehmer aufgrund der vielfältigen Ausnahmeregelungen die Insolvenzanmeldepflicht betreffend verunsichert und sind vermehrt Haftungsrisiken wie Insolvenzverschleppung oder Eingehungsbetrug ausgesetzt. Besonders kleine und mittlere Unternehmen fahren weiter „auf Sicht“. Die Inanspruchnahme staatlicher Fördermittel deckt lediglich den unmittelbaren Finanzbedarf und ermöglicht ein kurzfristiges Überleben. Die Schuldentragfähigkeit ist allerdings nachhaltig geschwächt. Zudem ist eine langfristig belastbare Unternehmensplanung schlichtweg nicht möglich.

Für das kommende Jahr erwartet Creditreform dennoch keine Insolvenzwelle, sondern eine lange Delle. Es wird einen größeren Nachholeffekt bei den Insolvenzanträgen zur Jahresmitte hin geben, wenn die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen auslaufen sollen (Stand: Dezember 2021) und offenbar wird, dass es vielen Betrieben an zukunftsfähigen Geschäftsmodellen fehlt. Dabei sind nicht allein die Zahlen entscheidend, sondern auch der Insolvenzschaden in Bezug auf Gläubiger- und Arbeitsplatzverluste. Außerdem müssen die „stillen Heimgänger“ in die Rechnung einbezogen werden, die das Wirtschaftsgeschehen durch Gewerbeabmeldung verlassen und nicht in die Insolvenzstatistik eingehen.

4. Der Preis der Krise

Für etwas mehr Klarheit sorgt die Analyse der Bonitätsdaten der Unternehmen, in denen sich bereits spürbare Auswirkungen der Coronakrise zeigen. Die Grafik „Corona verschlechtert die Bonität“ zeichnet die Entwicklung des Creditreform Bonitätsindex seit dem Vor-Corona-Jahr 2019 nach. Dieser Index bewertet die Zahlungs- und Ausfallrisiken von Unternehmen sowie ganzen Branchen anhand einer Notenskala ähnlich einem Schulnotensystem zwischen 100 und 600. Ein höherer Indexwert bedeutet eine schlechtere Bonitätseinstufung. Für die Bewertung herangezogen werden u. a. Bilanzkennzahlen wie die Eigenkapitalquote oder das Zahlungsverhalten des Unternehmens.

Erkennbar ist die deutliche Verschlechterung der Bonität im Gastgewerbe. Von einem Wert von 278 im Oktober 2019 verschlechterte sich der Index auf 296 im Oktober 2021 (plus 18 Punkte). Auch in der Branchengruppe „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ war im gleichen Zeitraum eine deutlich negative Entwicklung des Bonitätsindex im Zuge der Coronakrise zu verzeichnen (von 254 auf 266; plus 12 Punkte). Zudem lässt sich für den Wirtschaftsbereich „Verkehr und Lagerei“ ein Corona-Effekt feststellen (Bonitätsindex: plus 10 Punkte).

Zahl der Insolvenzen paradoxerweise weiterhin deutlich rückläufig ...

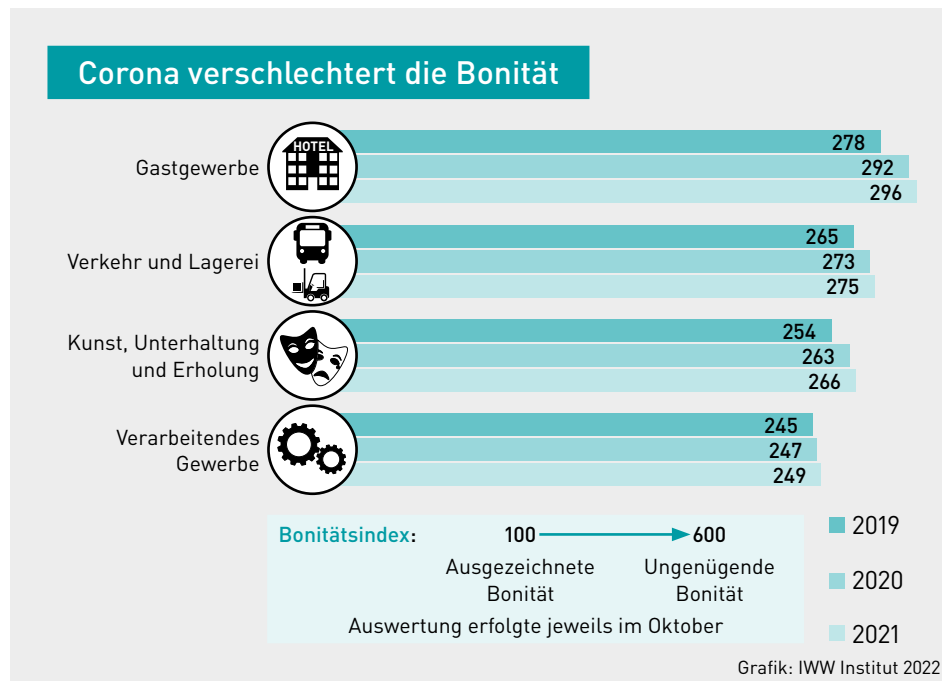
... für 2022 zwar Nachholeffekte, aber keine Insolvenzwelle erwartet

Je geringer der Index, desto besser wird die Bonität

Deutliche Verschlechterung der Bonität im Gastgewerbe

Kaum coronabedingte Veränderungen in den Bonitätseinstufungen finden sich in den Ver- und Entsorgungsbranchen (Energieversorgung sowie Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung) sowie im Bergbau.

Bergbau, Ver- und Entsorgungsbranchen wenig tangiert



Beachten Sie | Grundsätzlich ist der Zustand der Wirtschaft sehr heterogen. Sogar innerhalb der jeweiligen Branchen gibt es große Unterschiede in Abhängigkeit vom jeweiligen Geschäftsmodell und Kundensegment.

5. Zugang zu Kapital sichern, fördern und ausweiten

Anders als in der Weltfinanzkrise 2008/09 verfügen die wichtigsten Kapitalgeber des Mittelstands – die Banken – über hohe Kapitalpuffer. Doch angesichts steigender Ausfallrisiken mit Blick auf das Auslaufen der staatlichen Hilfsmaßnahmen wird die Kreditvergabe der Banken gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen aus besonders betroffenen Branchen restriktiver. Während Dienstleister entweder keine oder nur Kredite zu schlechteren Konditionen erhalten, profitieren Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe, dem Bau und dem Handel von verbesserten Konditionen. Mit dem Ende der Maßnahmen zur Begrenzung der COVID-19-Pandemie benötigen die Unternehmen einen verlässlichen Zugang zu Kapital, um dringend benötigte Investitionen in das eigene Geschäftsmodell zu tätigen, den fortschreitenden Strukturwandel zu bewältigen und sich in einem verschärften Wettbewerbsumfeld zukunftssicher aufzustellen. Dazu müssen auch alternative Finanzierungsinstrumente neben dem bewährten Bankkredit gefördert werden.

Im Wettbewerb mit chinesischen und amerikanischen Unternehmen sind die hiesigen Unternehmen in Finanzierungsfragen im Nachteil. Dort sorgen beispielsweise Hedgefonds, Pensionskassen und Finanzinvestoren dafür, dass Unternehmen unabhängig von ihrer Größe und Risikoklasse ausreichend Ka-

Alternative Finanzierungsinstrumente sind gefragt

Deutsche Unternehmen in Finanzierungsfragen im Nachteil

pital zur Verfügung steht. Beteiligungen, Bürgschaften, Factoring und Leasing werden neben betrieblichen Instrumenten – z. B. Optimierung des Forderungs-, Kredit- und Lieferantenmanagements – an Bedeutung gewinnen. Eine sich in diesem Bereich weiter verschärfende Regulatorik würde sich deshalb kontraproduktiv auf die Entwicklung des Wirtschafts- und Finanzstandorts Deutschland auswirken. Insgesamt wird eine aktive Finanzkommunikation für die Unternehmen zukünftig noch wichtiger, damit Kreditgeber sich schnell und ausführlich über eine Risikolage informieren können.

6. Aktive Finanzkommunikation

Die Coronakrise spaltet die Wirtschaft zunehmend in Gewinner und Verlierer. Zu ersteren gehören u. a. der Einzelhandel mit Fahrrädern und Lebensmitteln sowie Baumärkte und der E-Commerce, zu letzteren Einzelhändler von Bekleidung, Schuhen, Uhren und Schmuck sowie auch die Gastronomie, Kultur und Fitnesszentren. Bei vielen Betrieben wird derzeit das Eigenkapital durch Verluste aufgezehrt. Das bedeutet nicht zuletzt eine (negative) Veränderung der Bonität. Umso wichtiger ist die Finanzkommunikation mit Kreditgebern, Lieferanten, Kreditversicherern und Auskunfteien. Die Basis für eine schnelle Auftragsvergabe und Kreditentscheidung ist oft eine Wirtschaftsauskunft. Mit einer gut strukturierten und ausführlichen Information können Kreditentscheidungsprozesse ohne zusätzliche Auflagen und Sicherheiten schnell durchlaufen werden. Der Kreditnehmer erhält so schnell die angefragten Mittel bzw. beim Lieferantenkredit der Kunde die gewünschte Ware auf Rechnung. Nahezu alle Finanzdienstleister wie Banken, Leasinggesellschaften und Factoringgesellschaften sowie Unternehmen aus allen anderen auf Rechnung liefernden und leistenden Branchen setzen auf solche Auskünfte.

Beachten Sie | Lieferantenkredite haben in Deutschland inzwischen ein Volumen von rund 380 Mrd. EUR pro Jahr erreicht – Tendenz steigend. Zum Vergleich: Die Summe aller ausgelegten kurzfristigen Bankkredite beläuft sich auf nur 188 Mrd. EUR. Das unterstreicht die enorme Bedeutung der Lieferantenkredite als Finanzierungsinstrument.

PRAXISTIPP | Damit die Bonität des eigenen Unternehmens in der Wirtschaftsauskunft richtig dargestellt wird, helfen die folgenden Schritte:

- Selbstauskunft anfordern und ggf. Angaben aktualisieren
- Veröffentlichung der Bilanz im Unternehmensregister prüfen (Ist z. B. ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ausreichend kommentiert?)
- Aktuelle BWA mit Summen- und Saldenliste zur Verfügung stellen
- Vollständigen Jahresabschluss mit GuV und Anhang an die Auskunftei schicken (fehlende Angaben wie z. B. Laufzeiten von Verbindlichkeiten führen zu einer schlechteren Bonitätsbewertung)

7. Ausblick auf das Wirtschaftsjahr 2022

Auch ohne akut drohende Insolvenzwelle zeichnet sich deutlich ab, dass Unternehmen mit und ohne Corona vor gewaltigen Herausforderungen stehen.

**Wirtschaftsauskunft
als Basis für rasche
Auftragsvergabe und
Kreditentscheidung**

**Lieferantenkredite
sind ein wichtiges
Finanzierungs-
instrument**

7.1 Temporäre Erholung der Geschäftslage

In der traditionellen Mittelstandsstudie aus dem Oktober 2021 konnte Creditreform erkennen, dass sich die aktuelle Geschäftslage der deutschen Unternehmen erholt hat. Das spiegelt sich in der Auftrags- und Umsatzlage wider:

- 38,2 % der Befragten meldeten gestiegene Auftragsbestände (Vorjahr: 23,6 %). Nur wenige Befragte (12 %) verzeichneten Auftragsrückgänge. Vor einem Jahr waren 37,1 % betroffen.
- 42,5 % der Befragten konnten Umsatzsteigerungen melden (Vorjahr: 25,6 %). Der Anteil der Unternehmen, die Umsatzrückgänge hinzunehmen hatten, nahm von 35,8 auf 12,6 % ab.
- Aufgrund der verbesserten Geschäftslage holten die Unternehmen Personal zurück und stockten z. T. weiter auf. So haben 27,1 % der Befragten im Verlauf des letzten halben Jahres den Personalbestand erhöht. Bei 11,0 % der Unternehmen ist die Zahl der Mitarbeiter zuletzt gesunken. Das dürfte jedoch vorrangig der aktuellen Fachkräfteknappeit geschuldet sein.

Die Zukunft aber wird so manchem Geschäftsführer und Inhaber die Schweißperlen auf die Stirn treiben. Die wieder bessere Auftragslage kühlt sich mittlerweile erneut deutlich ab, denn die Gespenster „Lockdown“, „2G plus“ und „Omikron-Variante“ geistern umher und treiben Wirten, Händlern und Urlaubern kalte Schauer über den Rücken.

7.2 „Megatrends“ bedrohen den Aufschwung

Nach eineinhalb Jahren Pandemie zeichnen sich sogenannte Megatrends – d. h. langfristige Effekte – ab, die teilweise schon vor der Coronakrise sichtbar waren, die aber durch die Pandemie einen regelrechten Schub erfuhren. Denn derzeit beginnen gestörte Lieferketten, steigende Energiepreise, eine anhaltende Inflation, enorme Umweltauflagen und ein Fachkräftemangel, der immer mehr zu einem grundsätzlichen Personalmangel wird, massiv die Wirtschaft zu beeinflussen. Das zeigt sich nicht nur im für seine sensiblen Lieferketten bekannten Automotive-Bereich mit all seinen Zulieferern aus dem verarbeitenden Gewerbe, sondern wirkt über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg, etwa im stationären Einzelhandel. Die Ausrichtung an Nachhaltigkeitszielen wird direkt und massiv auf die Unternehmen wirken (Stichworte „Lieferkettengesetz“ und „ESG-Kriterien“). Das gilt nicht nur für große Konzerne, sondern in der Folge auch für kleine und große Mittelständler.

FAZIT | Die Stützung durch Liquiditätshilfen hat viele Unternehmen vor dem Bankrott gerettet. Ihr Auslaufen trifft auf eine Zeit, wo massive Investitionen für die Wettbewerbsfähigkeit nötig sind, das Marktumfeld aber deutlich schwieriger wird. Im Bereich der Unternehmensfinanzierung werden Mittelständlern aus bestimmten Branchen schwere Zeiten bevorstehen. Kreditgeber werden jetzt schon genau darauf achten müssen, ob das Geschäftsmodell des Kreditnehmers mittel- und langfristig tragfähig ist. Hier ist die Politik gefragt, die zu den marktwirtschaftlichen Mechanismen zurückkehren muss. Das Zurückzahlen der Schulden durch den Bund hängt maßgeblich an den künftigen Leistungen einer gesunden Privatwirtschaft. Mit immer neuen Schulden und einer in sich konservierten Volkswirtschaft, in der Marktaus- und -eintritte durch z. B. Insolvenzen unterdrückt werden, sinkt sowohl die Wettbewerbs- als auch die Schuldentragfähigkeit Deutschlands.

Unterjähriger
Aufschwung
erkennbar

Auftragslage kühlt
sich mittlerweile
erneut deutlich ab

Tragfähige
Geschäftsmodelle
als Rückgrat der
Wirtschaft